S 5 SO 2474/21

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Sozialhilfe

Abteilung 2.
Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 5 SO 2474/21 Datum 30.09.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 2 SO 3359/21 Datum 06.12.2023

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des KlĤgers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Karlsruhe vom 30. September 2021 wird zurļckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind auch für das Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand

Der Kl \tilde{A} ¤ger begehrt Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung f \tilde{A} ½r den Monat Juni 2021.

Bei dem 1959 geborenen Kläger ist seit 01.02.2017 ein Grad der Behinderung von 50 (Bl. 3 VA) und seit 30.12.2020 von 60 (Bl. 199 Senats-Akte) anerkannt. Er ist bei der S1 Betriebskrankenkasse (BKK) freiwillig kranken- und pflegeversichert.

Der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) ger gr\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\) ndete mit Gesellschaftervertr\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) gen vom 10.11.2016 und 22.02.2017 die \(\tilde{a}\)\(\tilde{g}\)\(\tilde{h}\) gembH\(\tilde{a}\)\(\tilde{g}\)\(\tilde{h}\)\(\tilde{g}\)\(\tilde{h}\)\(\tilde{g}\)\(\tilde{h}\)\(\tilde

Als Gegenstand des Unternehmens ist eingetragen: â\[\]Die F\(\tilde{A}\)\rightarung der Gleichberechtigung von Frauen und M\(\tilde{A}\)\rightarnern und die Unterst\(\tilde{A}\)\rightartzung hilfsbed\(\tilde{A}\)\rightartiger Personen.\(\tilde{a}\)\tilde\(\tilde{B}\)\tilde\(\tilde{A}\)\rightartzung von Menschen, die im Leben benachteiligt sind (z.\(\tilde{A}\) B. SGB-\(\tilde{A}\) Leistungsempf\(\tilde{A}\)\rightarnger, \([\tilde{a}\]\)\rightart\), Hilfestellung bei der Wiedereingliederung dieser Menschen \([\tilde{a}\]\)\rightart\)\rightar in zur Hilfestellung f\(\tilde{A}\)\rightar die Erlangung \(\tilde{A}\)\frac{\}{\fillet}\rightart (\tilde{a}\)\rightart\}\]\tilde\(\tilde{A}\)\rightart\(\til

Der KlĤger bezog im Jahr 2017 sowie von Oktober 2018 bis Oktober 2020 vom Jobcenter Arbeitslosengeld II, wobei er für die Monate April 2020 und November 2020 selbst eine Unterbrechung des Arbeitslosengeld-II-Bezuges durch die Auszahlung von Lohn aus der gGmbH veranlasste (April 2020 2.750 â☐¬ brutto/ 1.804,61 â☐¬ netto â☐☐Urlaubsabgelt.â☐☐, Lohnabrechnung vom 15.09.2020, S. 165 VA; November 2020 2.750 â☐¬ brutto/ 2.360,80 â☐¬ netto â☐☐WeihnGeldâ☐☐, Lohnabrechnung vom 13.11.2020, S. 171 VA). Die tatsächlichen Kosten der Unterkunft wurden vom Jobcenter bis Ende April 2019 Ã⅓bernommen, nachdem der Kläger mit Schreiben vom 31.10.2018 von diesem auf die Unangemessenheit derselben hingewiesen und zur Kostensenkung aufgefordert wurde (Bl. 191 Senats-Akte). Zuletzt begehrte er â☐☐ erfolglos â☐☐ im Rahmen eines einstweiligen Rechtsschutzverfahrens im April 2021 Arbeitslosengeld II vom Jobcenter der Stadt K1 (Landessozialgericht [LSG] Baden-WÃ⅓rttemberg L 3 AS 2137/21 ER-B).

Mit au \tilde{A} erordentlicher Gesellschafterversammlung vom 26.04.2021 beschloss der Klä \tilde{A} ger die Verlegung des Sitzes der gGmbH von P1 nach K1, in die J1Str. \hat{A} (Wohnanschrift des Klä \tilde{A} gers, vgl. Handelsregisterauszug, a.a.O.). Mit notarieller Urkunde vom 26.04.2021 (Bl. 103/109 LSG-Akte L 3 AS 2137/21 ER-B, Handelsregisterauszug a.a.O., Liste der Gesellschafter, Bl. 73 Senats-Akte) \tilde{A} bertrug der Klä \tilde{A} ger die von ihm als einzigem Gesellschafter gehaltenen Geschä \tilde{A} aftsanteile an der gGmbH im Wert von 25.000 \hat{A} \hat{A} unentgeltlich an W1 (im Folgenden: S.W.), geb. 1965, wohnhaft ebenfalls in der J1Stra \tilde{A} e \hat{A} in K1. Laut notarieller Urkunde sollten \hat{A} when \hat{A} bertragungsanspr \hat{A} che, insbesondere f \tilde{A} den Fall einer Ehescheidung, (\hat{A}) nicht vereinbart werden \hat{A} . Im \tilde{A} brigen sicherte der Klä \hat{A} ger zu, dass die \tilde{A} bertragenen Anteile nicht sein ganzes oder nahezu ganzes Vermä \hat{A} gen darstellten. Der Klä \hat{A} ger ist nach wie vor (alleiniger) Gesch \hat{A} aftsf \hat{A} herr der gGmbH.

Mit Bescheid vom 20.04.2021 (S. 9 VA) bewilligte der RentenversicherungstrĤger dem KlĤger rýckwirkend ab 01.10.2018 eine Rente wegen voller Erwerbsminderung bis zum 30.09.2025 (Ende des Monats, in dem die Regelaltersgrenze eintritt) mit einer monatlichen Auszahlung ab 01.06.2021 in Höhe von 1.386,30 â☐¬ netto und einem Nachzahlbetrag in Höhe von 43.012,29 â☐¬ fýr die Zeit vom 01.10.2018 bis 31.05.2021, wobei die Nachzahlung lt. Bescheid vorläufig nicht ausbezahlt werde.

Mit Bescheid vom 09.07.2021 (S. 35 ff. VA) bewilligte der RentenversicherungstrĤger sodann rückwirkend ab 01.09.2018 eine Rente wegen voller Erwerbsminderung bis zum 30.09.2025 mit einer monatlichen

Auszahlung ab 01.08.2021 in Höhe von 1.386,30 â \Box ¬ netto und einem Nachzahlbetrag in Höhe von 45.650,79 â \Box ¬, wobei auch hier die Nachzahlung It. Bescheid vorläufig nicht ausbezahlt werde. Die Anspruchsvoraussetzungen für eine Rente wegen voller Erwerbsminderung seien ab dem 03.02.2017 erfüllt, als Rentenantrag gelte der am 03.09.2018 gestellte Reha-Antrag.

Auf den Widerspruch des KlĤgers, mit dem er den spĤteren Eintritt des Versicherungsfalls geltend machte (vgl. Schreiben des

RentenversicherungstrĤgers vom 19.01.2022, Bl. 155 Senats-Akte), teilte der RentenversicherungstrĤger mit, dass er nunmehr erst von einer Leistungsminderung seit 11.01.2020 ausgehe und Rentenbeginn daher erst der 01.10.2020 sei (Schreiben vom 11.04.2023, Bl. 214 Senats-Akte).

Mit Schreiben vom 23.07.2021 (S. 177 VA) teilte der Rentenservice der D1 AG dem Kl \tilde{A} xger mit, dass er vom Rentenversicherungstr \tilde{A} xger zur Auszahlung der Rente beauftragt sei und die erste Rente erstmals im August f \tilde{A} x4r August 2021 ausgezahlt werde.

Am 26.07.2021 wurde dem Konto des Klägers bei der D2-Bank (Nr. xxx724) u.a. vom Rentenservice der D1 AG ein Betrag von 2.772,60 â□¬ gutgeschrieben (Bl. 220 Senats-Akte).

Am 31.08.2021 erfolgte eine Gutschrift über 1.386,30 â ¬ vom Rentenservice der D1 AG für die Rente August 2021 (Bl. 28 Senats-Akte), Ende September 2021 in selber Höhe für die Rente September 2021 (Bl. 30 Senats-Akte). Nach Verrechnung mit Erstattungsansprüchen der Bundesagentur für Arbeit und des Jobcenters wurde im Oktober 2021 auf das vom Kläger neu mitgeteilte Konto xxx494 ein Rentennachzahlbetrag in Höhe von 17.760,54 ⠬ gutgeschrieben (Mitteilung Rentenversicherungsträger vom 07.10.2021, Bl. 168, 317 Senats-Akte und vom 04.08.2023, Bl. 285 Senats-Akte).

Bereits zuvor, am 30.06.2021, beantragte der Kläger bei der Beklagten unter Vorlage des Rentenbescheides vom 20.04.2021 formlos Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (S. 1 VA), da der Rentenversicherungsträger nicht ab Juni 2021 gezahlt habe. Die Beklagte forderte den Kläger in der Folgezeit mehrfach auf, einen von ihm ausgefüllten und unterzeichneten Formantrag zu übersenden, dem der Kläger nicht nachkam, sondern nur nach und nach Unterlagen vorlegte.

Der Kläger übersandte der Beklagten im Juli 2021 einen Mietvertrag, der zwischen ihm und der gGmbH als Vermieterin abgeschlossen wurde und den er bereits im Dezember 2019 zur Begründung seiner geltend gemachten Kosten der Unterkunft und Heizung gegenüber dem Jobcenter vorgelegt hatte (S. 156 ff. VA). Danach wird unter der im Rubrum genannten Anschrift des Klägers eine Wohnung im Erdgeschoss mit einer Wohnfläche von 45 m² vermietet zu einer a Bruttokaltmiete a von monatlich 452,70 a zzgl. Kosten für Warmwasser und Heizung pauschal in Höhe von 360 a (a Als Grundlage für den Pauschalbetrag diene der 2018er Nachweis aus der Wohneinheit S2str. in P1 a lnsgesamt 812,70 a a Laut Mietvertrag könne a auf Antrag und Nachweis von Erkrankungen, Behinderungen (a zusätzlich ein Parkplatz zu einem Mietzins von monatlich 100 a a (beansprucht) und die Gartenpflege für monatlich 100 a a a (beansprucht) und die Gartenpflege (a a

wurde ausgeführt: â□□Der Mietvertrag gilt rückwirkend zum Mai 2019 (â□¦). Er läuft auf bestimmte Dauer. Er endet am 31.03.2020 ohne dass es einer Erklärung seitens einer Partei bedarf.â□□ Nach der im Verwaltungsverfahren mit dem Jobcenter von letzterem beim Amtsgericht M2 (Grundbuchamt) eingeholten Auskunft vom 18.02.2021 hat die gGmbH keinen Grundbesitz.

Der KlĤger verfĽqt Ľber ein Konto bei der I1 mit der Nr. xxx588 und einem Rahmenkredit bis 30.000 ⠬ (Kontoauszug vom 30.12.2016: Saldo -25.028,34 ⠬, Bl. 16 Senats-Akte; Kontoauszug vom 30.09.2021: Saldo -29.361,96 â ¬, Bl. 18 Senats-Akte). AuÄ erdem verfügt er über das oben genannte Girokonto bei der D2-Bank (Nr. xxx724) mit einem bis September 2021 eingeräumten Disporahmen bis -14.000 â ¬, auf das am 29.06.2016 von seinem früheren Arbeitgeber â ¬ der S3 AG â ¬ ein Betrag von 161.137,93 â ¬ (â ¬ Gehalt/Renteâ ¬ überwiesen wurde (Bl. 96 Senats-Akte). Ausweislich einer vom Kläger übersandten SCHUFA-Bonitätsauskunft vom 19.04.2021 (Bl. 21 ff. Senats-Akte) verfügt der Kläger über weitere Konten, u.a. bei der D2 Bank â ¬ Girokonto Nr. xxx143 (eröffnet am 25.09.2012; Bl. 24 Senats-Akte), das laut Schreiben dieser Bank vom 04.05.2021 (S. 99 VA) seit Januar 2013 umsatzlos sei, und bei der I1 AG â ¬ Girokonto Nr. xxx040 (eröffnet am 20.07.2010, Bl. 24 Senats-Akte). Kontoauszüge zu beiden letzteren hat der Kläger zu keinem Zeitpunkt, weder im Verwaltungs- noch im Gerichtsverfahren vorgelegt.

Aus dem vom Kläger übersandten Kontoauszügen der D2 Bank (Nr. xxx724) ergibt sich u.a., dass am 07.06.2021 ein Betrag von 5.000Â â $_{\Box}$ ¬ gutgeschrieben wurde (Ã $_{\Box}$ berweisungsabsender S.W., Verwendungszweck â $_{\Box}$ Darlehenâ $_{\Box}$, S. 71 VA). Am 08.06.2021 wurde von diesem Konto per Dauerauftrag ein Betrag von 1.190Â â $_{\Box}$ ¬ für â $_{\Box}$ Mieteâ $_{\Box}$ zu Gunsten der gGmbH abgebucht (S. 72 VA) sowie am 15.06.2021 per Lastschrift von der S1 BKK u.a. ein Betrag in Höhe von 201,24Â â $_{\Box}$ ¬ als â $_{\Box}$ Beitrag Mai 2021â $_{\Box}$ (S. 73 VA). Am 14.06.2021 überwies der Kläger an die gGmbH einen Betrag von 778,40Â â $_{\Box}$ ¬ mit dem Verwendungszweck â $_{\Box}$ RZ Ã $_{\Box}$ berzahlung Urchub und Weihnachtsgeld 2020â $_{\Box}$ (S. 72 VA).

Der Kläger verfýgt auÃ \square erdem ýber ein Sparkonto bei der B1kasse S4 AG (Nr. xxx810), dessen Sparguthaben sich am 31.12.2020 auf 4.405,29 â \square belief (S. 109 VA).

Mit Email vom 20.08.2021 (S. 183 VA) teilte der Klå $^{\mu}$ ger der Beklagten mit, dass $^{\mu}$ auf zur Aufrechterhaltung der Anspr $^{\mu}$ che ($^{\mu}$) f $^{\mu}$ r jeden Monat, auf den jeweiligen Monat begrenzt, weitere formlose Antr $^{\mu}$ ge gestellt $^{\mu}$ werden. Mit weiterer Email vom 20.08.2021 (S. 185 VA) beantragte der Kl $^{\mu}$ ger formlos Sozialhilfe $^{\mu}$ ausschlie $^{\mu}$ lich $^{\mu}$ raugust 2021 und wies darauf hin, dass sich der im Juni 2021 gestellte Antrag $^{\mu}$ ausschlie $^{\mu}$ lich $^{\mu}$ auf den Juni 2021 beziehe und f $^{\mu}$ Juli 2021 kein Antrag gestellt worden sei. Auf gleiche Weise beantragte er mit Email vom 23.09.2021 $^{\mu}$ ausschlie $^{\mu}$ lich $^{\mu}$ f $^{\mu}$ r September 2021 (S. 209 VA) und mit Email vom 04.10.2021 $^{\mu}$ ausschlie $^{\mu}$ lich $^{\mu}$ f $^{\mu}$ r Oktober 2021 (S. $^{\mu}$ 212 VA) Leistungen bei der Beklagten.

Mit Bescheid vom 24.08.2021 (S. 189 ff. VA) lehnte die Beklagte den Antrag vom

30.06.2021 auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ab. Zur Begrýndung fýhrte sie aus, dass der Kläger seinen notwendigen Lebensunterhalt mit dem anzurechnenden Einkommen selbst sicherstellen könne. Dem Bescheid fýgte sie einen Berechnungsbogen fýr den Monat August 2021 bei. Der Bedarfsberechnung legte sie einen Regelbedarf von 446 â \Box ¬, eine angemessene Brutto-Kaltmiete von 514,80 â \Box ¬ (Gesamtbedarf 960,80 â \Box ¬) und ein anrechenbares Einkommen aus Erwerbsminderungsrente von 1.386,30 â \Box ¬ zugrunde (Einkommensýberschuss 425,50 â \Box ¬).

Hiergegen erhob der Kläger am 28.08.2021 Widerspruch (S. 193 f. VA), mit dem er unter Vorlage des Rentenbescheides vom 09.07.2021 geltend machte, dass im Juni 2021 noch keine Rentenzahlung erfolgt sei. Die ausschlieÃ \Box lich fÃ 1 /4r Juni 20121 beantragte Leistung sei daher zu gewÃ $^{\mu}$ nhren. Aufgrund von seelischen und körperlichen Behinderungen, seiner anerkannten Schwerbehinderung und der noch beim Versorgungsamt in Bearbeitung befindlichen Feststellung des Merkzeichens $a_{\Box}Ga_{\Box}$ sei die BerÃ 1 /4cksichtigung der kompletten Miete begrÃ 1 /4ndet.

Mit Widerspruchsbescheid vom 01.09.2021 (S. 203 ff. VA) wies die Beklagte den Widerspruch als unbegründet zurück mit dem Zusatz â∏betrifft die Ablehnung von Leistungsgewährung Grundsicherung für Juni 2021 und ab August 2021â∏. Zur Begründung führte sie ergänzend aus, dass als Bedarf für die Unterkunft bei einer Mietwohnung der Betrag anzusetzen sei, den der Betroffene mietvertraglich schulde. Es mýsse also ein wirksamer Mietvertrag vorliegen. Der Kläger habe zwar einen Mietvertrag ýber die Wohnung in der J1Str. eingereicht, in dem eine Miete in Höhe von insgesamt 1.190 â∏¬ erwähnt sei. Dieser Vertrag sei aber unwirksam â∏∏ jedenfalls insoweit, als die Miete die Angemessenheitsgrenze von 514,80 â∏¬ übersteige. Laut Vertrag sei Vermieter die gGmbH. Deren GeschĤftsfļhrer und alleiniger Gesellschafter sei zumindest bis April 2021 der KlĤger selbst gewesen. Als Akteur auf beiden Seiten des Vertrages habe er einen Mietpreis festgesetzt, der weit jenseits dessen liege, was bei normaler Preisbildung auf dem Wohnungsmarkt üblich sei â∏∏ mit dem Ziel, diesen überhöhten Preis zu Lasten Dritter geltend zu machen, nämlich der Allgemeinheit. Angesichts dessen sei die Vereinbarung der Miete oberhalb der Angemessenheitsgrenze als ScheingeschĤft nach § 117 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) anzusehen und zudem sittenwidrig nach § 138 BGB. Darüber hinaus habe der Kl\tilde{A}\tilde{x}\text{ger }\tilde{A}^{1}\tilde{4}\text{ber Verm}\tilde{A}\tilde{\text{gen verf}}\tilde{A}^{1}\tilde{4}\text{gt, mit dem er seinen} Lebensunterhalt hÃxtte bestreiten können: Die gGmbH sei Eigentümerin u.a. zweier Immobilien. Ende April 2021 habe der KlÄxger seine Anteile an dieser Gesellschaft ohne Gegenleistung mit einem Vertrag an S.W. A¹/₄bertragen. Sollte dieser Vertrag wirksam sein, habe der KlÄxger einen Anspruch auf Rückübertragung der wertvollen Schenkung; wäre der Vertrag hingegen unwirksam, sei der KlAzger nach wie vor Inhaber der gGmbH. In beiden FAzllen Iäge keine Bedürftigkeit vor.

Hiergegen hat der Kläger am 07.09.2021 Klage zum Sozialgericht (SG) Karlsruhe erhoben und u.a. vorgetragen, seine Wohnung entspreche den besonderen Anforderungen, die er aufgrund seiner Behinderungen an eine Unterkunft habe. Im Vergleich mit ähnlichen Wohnungen sei sie keinesfalls unangemessen teuer.

Entgegen der Ansicht der Beklagten gehĶre die Wohnung nicht der gGmbH; auch ansonsten habe diese Gesellschaft kein Immobilieneigentum. Das schlieÄ $_{\parallel}$ e indes eine Vermietung durch die gGmbH nicht aus. Seine Anteile an der Gesellschaft habe er bereits zum 01.11.2020 an S.W. Ã $_{\parallel}$ bertragen; lediglich die Beurkundung des Vertrags sei im April 2021 erfolgt. Er habe S.W. die Anteile nicht geschenkt, sondern verkauft. Vor diesem Hintergrund sei eine RÃ $_{\parallel}$ ckforderung nach $_{\parallel}$ 6 528 BGB ausgeschlossen. S.W. habe ihm zwei Darlehen in HÃ $_{\parallel}$ he von 5.000 â $_{\parallel}$ 7 und 10.000 â $_{\parallel}$ 7 gewÃ $_{\parallel}$ hrt, damit er die Zeit bis zur Auszahlung rÃ $_{\parallel}$ 4ckstÃ $_{\parallel}$ ndiger Sozialleistungen $_{\parallel}$ 4berbrÃ $_{\parallel}$ 4cken kÃ $_{\parallel}$ nne; die Darlehen mÃ $_{\parallel}$ 4sse er verzinsen.

Mit Schreiben vom 27.09.2021 (S. 211 VA) und 12.10.2021 (S. 231 VA) hat die Beklagte dem KlĤger zu seinen LeistungsantrĤgen vom 23.09.2021 und 04.10.2021 mitgeteilt, dass angesichts des anhĤngigen Klageverfahrens eine Entscheidung über diese Anträge zurückgestellt werde. Hiergegen hat der KlĤger Widersprüche erhoben, die die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 18.10.2021 (S. 241 ff. VA) zurückgewiesen hat, da sie unzulässig seien. Der Widerspruchsbescheid ist bestandskräftig. Weitere Leistungsanträge hat der Kläger nicht gestellt (Auskunft Beklagte vom 05.04.2022, Bl. 77 Senats-Akte).

Mit Gerichtsbescheid vom 30.09.2021 hat das SG die Klage abgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt, dass die Klage unbegründet sei, da der Kläger fýr Juni 2021 keinen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung habe. Der KlĤger kĶnne seinen notwendigen Lebensunterhalt mit seinem Einkommen vollstĤndig decken. Der Gesamtbedarf habe im Juni 2021 max. 546 â∏¬ betragen in Form des Regelbedarfes zzgl. des Beitrages zur freiwilligen Kranken- und Pflegeversicherung, die er am 15.06.2021 in $H\tilde{A}\P$ he von 100 â Π ¬ an die S1 BKK $\tilde{A}\frac{1}{4}$ berwiesen habe. Ein Anspruch auf Mehrbedarf habe nicht bestanden. Der Mehrbedarf von 17 % des ma̸gebenden Regelbedarfs für Merkzeichen G sei nicht schon ab dem Zeitpunkt anzuerkennen, in dem die gesundheitlichen Voraussetzungen für das Merkzeichen G vorlägen; sondern erst ab dem Monat, in dem der Feststellungsbescheid des Versorgungsamts ergangen sei (unter Verweis auf Bundessozialgericht [BSG], Urteil vom 25.04.2018 â∏ <u>BÂ 8Â SOÂ 25/16Â R</u> â∏ juris Rn. 17). Im streitigen Juni 2021 habe das zustĤndige Landratsamt K1 beim KlĤger zwar einen Grad der Behinderung von 50 anerkannt, nicht aber das Merkzeichen G (vgl. Bescheid vom 24.6.2020).

Hingegen seien keine Bedarfe für Unterkunft und Heizung zu berücksichtigen. Bei einer Mietwohnung sei dies die vertraglich geschuldete Miete. Der Betroffene mÃ⅓sse einer zivilrechtlich wirksamen Mietzinsforderung ausgesetzt sein; andernfalls bestehe kein Bedarf. Das Gericht sei nicht davon Ã⅓berzeugt, dass der Kläger im Juni 2021 verpflichtet gewesen sei, Miete zu zahlen. Seinerzeit habe er in einer Wohnung in der J1Str. in K1 gelebt. Der Kläger behaupte, er habe die Wohnung von der gGmbH gemietet â de allerdings nicht die EigentÃ⅓merin sei. Wem die Wohnung gehöre, habe der Kläger nicht angegeben (obwohl ihm dies möglich sein dÃ⅓rfte). Am ehesten lasse sich der Vortrag des Klägers so verstehen, es habe ein Untermietverhältnis zwischen ihm und der gGmbH bestanden. FÃ⅓r ein solches Mietverhältnis existiere indes kein hinreichender Nachweis. Der vom Kläger vorgelegte â∏Mietvertragâ∏∏ (S. 156 VA) sei

gemäÃ∏ dessen Ziff. 2 S. 3 befristet bis zum 31.03.2020, habe also im streitigen Zeitraum nicht mehr gegolten.

Ebenso wenig anzuerkennen sei ein Bedarf für Heizung. Zwar habe der KlÃxger am 02.06.2021 einen Betrag in HÃnhe von 70n ân an die Stadtwerke überwiesen. Aus dem Kontoauszug (S.n 70 VA) sei aber nicht ersichtlich, dass es sich hierbei um Heizkosten (z.B. Gas) handele ân und nicht um Stromkosten, die zum Regelbedarf gehn rten.

Dem Gesamtbedarf des Kl \tilde{A} ¤gers habe zu ber \tilde{A} ½cksichtigendes Einkommen gegen \tilde{A} ½bergestanden, das den Bedarf \tilde{A} ½berstiegen habe, n \tilde{A} ¤mlich mindestens 833,33 â \Box ¬.

Eine Gutschrift auf dem Girokonto des Betroffenen sei auch dann als Einkommen zu ber \tilde{A}^{1}_{4} cksichtigen, wenn sich das Konto im Zeitpunkt des Zuflusses im Soll befunden habe (BSG, Urteil vom 12.05.2017 â $_{1}$ B 8 SO 23/15 R â $_{1}$ juris Rn. 34 ff.). Einkommen sei im Regelfall im Monat des Zuflusses anzurechnen. Das gelte auch f \tilde{A}^{1}_{4} r eine einmalige Einnahme â $_{1}$ es sei denn, im Monat des Zuflusses seien bereits Leistungen erbracht worden (\tilde{A} 82 Abs. 7 S. 1 Sozialgesetzbuch Zw \tilde{A} liftes Buch [SGB XII]). Entfiele bei einer einmaligen Einnahme der Leistungsanspruch durch die Ber \tilde{A}^{1}_{4} cksichtigung in einem Monat, sei sie auf einen Zeitraum von sechs Monaten gleichm \tilde{A} \tilde{A} ig zu verteilen und mit einem entsprechenden Teilbetrag zu ber \tilde{A}^{1}_{4} cksichtigen (\tilde{A} 82 Abs. 7 S. 2 SGB \tilde{A} XII).

Am 07.06.2021 sei dem Girokonto des KlÃ \times gers ein Betrag in Höhe von 5.000 â \square ¬ gutgeschrieben worden. Hierbei handele es sich um eine einmalige Einnahme. Da die Beklagte fÃ $\frac{1}{4}$ r Juni 2021 noch keine Leistungen erbracht habe, sei diese Zahlung dem Monat des Zuflusses zuzuordnen â \square allerdings nur mit 1/6 der Summe, also 833,33 â \square ¬.

Nicht zu überzeugen vermöge der Vortrag des Klägers, diese Ã∏berweisung sei nur zur Erfüllung eines Darlehensvertrags mit S.W. erfolgt. Die persönlichen und wirtschaftlichen VerhĤltnisse des KlĤgers seien in hohem MaÄ∏e intransparent. Gegenüber der Beklagten und dem Gericht habe der Kläger nichts zur AufklĤrung beigetragen; vielmehr scheine er bestrebt zu sein, seine finanzielle Situation zu verschleiern. In einer solchen Konstellation bestļnden gesteigerte Anforderungen, wenn es um den Nachweis gehe, tatsĤchlich zugeflossenes Einkommen sei mit einer Verpflichtung zur Rückzahlung verbunden. Diesen Nachweis habe der KlĤger nicht erbracht. Er habe keinerlei nĤhere Angaben zum angeblichen Vertrag mit S.W. gemacht oder diesen gar vorgelegt. Ohne Aussagekraft sei in diesem Zusammenhang der Kontoauszug vom 31.08.2021, aus dem sich eine Ä∏berweisung des KlĤgers am 12.08.2021 in HĶhe von 650 â∏¬ an S.W. ergebe $\hat{a} \square \square$ angeblich f $\tilde{A} \frac{1}{4}$ r Zinsen. W \tilde{A} ¤ren dies tats \tilde{A} ¤chlich Zinsen f $\tilde{A} \frac{1}{4}$ r den am 07.06.2021 ausgezahlten Betrag, entsprägche dies einem jäghrlichen Zinssatz von ca. 94 %. Eine solche Zinsvereinbarung sei offenkundig lebensfremd. Unklar bleibe zudem, warum S.W. dem KlAxger A¼berhaupt ein Darlehen hAxtte gewähren sollen; dessen Geldsorgen seien schlieÃ∏lich nicht ihr Problem. Naheliegender erscheine es daher, dass es sich bei den 5.000 â∏¬ um einen Teil des Kaufpreises für die vom Kläger behauptetet VeräuÃ∏erung seiner GeschÃxftsanteile an der gGmbH handele.

Der Kläger hat am 31.10.2021 gegen â□□ den ihm mittels Postzustellungsurkunde am 02.10.2021 zugestellten â□□ Gerichtsbescheid Berufung zum LSG Baden-

Wù¼rttemberg eingelegt mit dem Begehren â□□die beantragte Sozialhilfeâ□□ zu gewähren (Bl. 3 Senats-Akte) und erneut betont, dass der â□□hiesige strittige Antrag (â□¦) ausschlieÃ□lich den Leistungszeitraum Juni 2021 und somit weder Mai, Juli noch August 2021â□□ betreffe (Bl. 173 Senats-Akte). Zur Begrù¼ndung hat er ergänzend vorgetragen, ù¼ber kein Vermögen zu verfù¼gen, sondern im Juni 2021 Schulden in Höhe von ca. 45.000 â□¬ gehabt zu haben (bei der I1 30.000 â□¬, bei der D2 Bank ca. 14.000 â□¬). Zudem seien Darlehen kein Einkommen. Die Kontogutschrift im Juni 2021 ù¼ber 5.000 â□¬ sei ausdrù¼cklich als Darlehen angegeben worden. Zudem habe er dieses Darlehen wie auch weitere Darlehen in der Zwischenzeit wieder fast komplett mit Zins zurù¼ckgezahlt.

sich u.a. Folgendes ergibt: am 16.08.2021 Gutschrift $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber 10.000 \hat{a}_{\Box} \neg , \tilde{A}_{\Box} berweisung von S.W., Verwendungszweck \hat{a}_{\Box} Darlehen \hat{a}_{\Box} \Box (Bl. 27 Senats-Akte), am 30.08.2021 Abbuchung $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber 10.000 \hat{a}_{\Box} \neg , \tilde{A}_{\Box} berweisung an B2, Verwendung \hat{a}_{\Box} \Box (Bl. 28 Senats-Akte), am 31.08.2021 Abbuchung $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber 7.000 \hat{a}_{\Box} \neg , \tilde{A}_{\Box} berweisung an S.W.,

Der KlĤger hat Kontoauszüge der D2 Bank (Nr. xxx724) vorgelegt, aus denen

Verwendungszweck $\hat{a}_{\bar{a}}$ Teilr \tilde{A}_{c} kzahlung Darlehen $\hat{a}_{\bar{a}}$ (Bl. 28 Senats-Akte), am 03.09.2021 Abbuchung \tilde{A}_{b} 4ber 2.000 $\hat{a}_{\bar{a}}$, $\tilde{A}_{\bar{a}}$ 5berweisung an S.W., Verwendungszweck $\hat{a}_{\bar{a}}$ 7eilr \tilde{A}_{c} 4ckzahlung Darlehen $\hat{a}_{\bar{a}}$ (Bl. 29 Senats-Akte), am 17.09.2021 Abbuchung \tilde{A}_{b} 4ber 650 $\hat{a}_{\bar{a}}$ 7, $\tilde{A}_{\bar{a}}$ 5berweisung an S.W., Verwendungszweck $\hat{a}_{\bar{a}}$ 7 (Bl. 30 Senats-Akte).

Weiter hat er vorgetragen (Bl. 49 f. Senats-Akte), dass er als ehrenamtlicher GeschĤftsführer in der gGmbH tätig, von den Weisungen und Entlastungen der Gesellschafter abhĤngig und zugleich rechenschaftspflichtig sei. Er habe keine Anteile an der Gesellschaft und könne jederzeit gekündigt werden. Er befinde sich somit in einem abhĤngigen BeschĤftigungsverhĤltnis. Er wohne in einer 10-Parteien-Wohnanlage, alle Parteien hätten die identische Adresse und Hausnummer (Bl. 80 Senats-Akte). Zudem habe der Mieter eine Erlaubnis zur Untervermietung. Die Annahme sei unzutreffend, dass er zum Zeitpunkt der Antragstellung oder unmittelbar davor über Geschäftsanteile einer GmbH im Wert von 25.000 â☐¬ verfügt habe; die Geschäftsanteile seien bereits im Jahr 2020 von einem Gläubiger zum Tilgen der Schulden des Klägers erworben worden (Bl. 81 Senats-Akte). Im Ã☐brigen bestreite er, soweit vom Vorliegen einer Heirat oder eheähnlichen Lebensgemeinschaft mit Frau W. ausgegangen werde, diese.

Zuletzt hat der Kläger diverse, zum Teil unvollständige, zum Teil geschwärzte Mietverträge von Eigentümern von Wohnungen in der J1Str. vorgelegt (Bl. 177 ff. Senats-Akte).

Der KlĤger beantragt (sachdienlich gefasst),

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Karlsruhe vom 30. September 2021 sowie den Bescheid der Beklagten vom 24. August 2021 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 1. September 2021 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihm Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Regelbedarf fýr einen 1-Personen-Haushalt in gesetzlicher Höhe, die an die â $\Box\Box$ H1 gGmbHâ $\Box\Box$ gezahlten Kosten der Unterkunft und Heizung in Höhe von 1.190Â â $\Box\neg$, den Mehrbedarf fýr das Merkzeichen G in gesetzlicher Höhe, Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung ohne Anrechnung von Renten- oder sonstigem Einkommen und Vermögen) fýr Juni 2021 zu gewähren. Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÄ1/4ckzuweisen.

Sie verweist auf ihren Widerspruchsbescheid und trägt ergänzend vor, die finanziellen Verhältnisse des Klägers seien intransparent. Streitgegenständlich seien die Leistungszeiträume Juni 2021 sowie ab August 2021. Sie habe nie behauptet, der Kläger sei mit Frau W. verheiratet. Es möge zu vermuten sein, dass zwischen beiden Personen eine eheähnliche Gemeinschaft vorliege, wobei die Ablehnung von Leistungen nicht hierauf gestützt worden sei.

Mit Schreiben vom 19.04.2021 hat der Senat den Kl \tilde{A} ¤ger aufgefordert, den Darlehensvertrag mit S.W. bzgl. der 5.000 \hat{a} \Box ¬ vorzulegen oder, falls keiner vorhanden sei, Angaben zu den getroffenen Darlehensmodalit \tilde{A} ¤ten, insbesondere zu den Vereinbarungen \tilde{A} ½ber die R \tilde{A} ½ckzahlung mitzuteilen und ob und wann die R \tilde{A} ½ckzahlung bereits erfolgt sei (Bl. 205 f. Senats-Akte). Hierzu hat der Kl \tilde{A} ¤ger mitgeteilt, dass das Darlehen \tilde{A} ½ber 5.000 \hat{a} \Box ¬ an S.W. im Zusammenhang mit weiteren Darlehenstilgungen am 31.08.2021 in H \tilde{A} ¶he von 7.000 \hat{a} \Box ¬ zur \tilde{A} ½ckgezahlt worden sei (Bl. 213 Senats-Akte).

Zur weiteren Darstellung des Sachverhalts und des Beteiligtenvorbringens wird auf die Prozessakten erster und zweiter Instanz (auch L 3 AS 3137/21 ER-B) und die vom Beklagten und vom Jobcenter vorgelegten Verwaltungsakten Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ¹/₄nde

1.

Streitgegenstand ist ein Anspruch des Kl \tilde{A} ¤gers auf Gew \tilde{A} ¤hrung von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII f \tilde{A} ½r den Kalendermonat Juni 2021 (01.06. bis 30.06.).

Das Begehren des Klägers (§ 123 SGG) war bei Klageerhebung und ist bis zuletzt (zulässigerweise) allein und ausschlieÃ□lich auf diesen Leistungszeitraum beschränkt. Hierù¼ber hat die Beklagte mit Bescheid vom 24.08.2021 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 01.09.2021 (ablehnend) entschieden. Allein gegen diese Leistungsablehnung fù¼r Juni 2021 richtet sich die Klage des Klägers, ausschlieÃ□lich diesen Leistungszeitraum hat er allein geltend gemacht und dies mehrfach in seinen Schriftsätzen betont (u.a. Bl. 6 SG-Akte, Bl. 173 Senats-Akte). Daher hat das SG zutreffend mit Gerichtsbescheid vom 30.09.2021 nur ù¼ber diesen mit der Klage geltend gemachten Anspruch entschieden. AusschlieÃ□lich hiergegen richtet sich schlieÃ□lich auch die Berufung des Klägers.

Soweit die Beklagte mit Bescheid vom 24.08.2021 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 01.09.2021 ebenfalls über die Ablehnung von Grundsicherungsleistungen für die Zeit â∏ab August 2021â∏ entschieden hat, ist diese Leistungsablehnung aufgrund der Beschränkung des klägerischen Begehrens auf den Monat Juni 2021 nicht Gegenstand des Klage- und Berufungsverfahrens geworden.

2.

Die form- und fristgerecht ($\frac{\hat{A}\S 151 \text{ SGG}}{150 \text{ SGG}}$) eingelegte Berufung ist zul \tilde{A} xssig ($\frac{\hat{A}\S 143 \text{ SGG}}{150 \text{ SGG}}$), insbesondere h \tilde{A} xtte sie nicht der Zulassung bedurft mit der Folge, dass der Kl \tilde{A} xger vor dem SG h \tilde{A} xtte m \tilde{A} 1/4 ndliche Verhandlung beantragen m \tilde{A} 1/4 ssen ($\frac{\hat{A}\S \hat{A}}{105 \text{ Abs. 2 SGG}}$).

Nach \hat{A} § 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Satz 2 SGG bedarf die Berufung der Zulassung in dem Urteil des SG oder auf Beschwerde durch Beschluss des LSG, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes bei einer Klage, die eine Geld-, Dienst- oder Sachleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt betrifft, 750 $\hat{a} - nicht$ \hat{A} 4 bersteigt, es sei denn, die Berufung betrifft wiederkehrende oder laufende Leistungen f \hat{A} 4r mehr als ein Jahr. Der Wert des Beschwerdegegenstandes bestimmt sich nach dem Umfang, in dem das SG dem Begehren des Rechtsmittelf \hat{A} 4 hrers nicht gefolgt ist und was davon mit den Berufungsantr \hat{A} 2 mehr weiterverfolgt wird (BSG, Urteil vom 06.09.2017 \hat{a} B \hat{A} 13 R 20/14 R \hat{A} Duris Rn. 22).

Die Berufung des Klägers betrifft zwar nicht wiederkehrende oder laufenden Leistungen fýr mehr als ein Jahr, indes erreicht der fýr den Monat Juni 2021 vom Kläger geltend gemachte Leistungsumfang einen Wert von ýber 750 â \Box ¬. Denn fýr den Juni 2021 begehrt der Kläger bei sachdienlicher Auslegung seines Vorbringens die Bewilligung des Regelbedarfs fýr einen 1-Personen-Haushalt in gesetzlicher Höhe, die an die gGmbH gezahlten Kosten der Unterkunft und Heizung in Höhe von 1.190 â \Box ¬, den Mehrbedarf fýr das Merkzeichen G in gesetzlicher Höhe sowie die Bewilligung des von ihm gezahlten Beitrags zur Kranken- und Pflegeversicherung ohne Anrechnung von Renten- oder sonstigem Einkommen und Vermögen.

3.

Die Berufung des KlĤgers ist jedoch unbegründet. Das SG hat die statthafte kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage (§ 54 Abs. 1 und Abs. 4 SGG) zu Recht abgewiesen. Dem Kläger steht der allein streitige Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII für Juni 2021 nicht zu. Der Bescheid vom 24.08.2021 in Gestalt des Widerspruchbescheides vom 01.09.2021 ist, soweit er Gegenstand des Klage- und Berufungsverfahrens geworden ist (s.o.), rechtmäÃ∏ig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten.

Rechtsgrundlage fÃ $\frac{1}{4}$ r den begehrten Anspruch sind die $\frac{\hat{A} \hat{S} \hat{A} \hat{S}}{19} \frac{19}{Abs.} \frac{2}{2}$, $\frac{41}{4}$ ff. SGB XII.

a) Gem. §Â§ 41, 44 SGB XII ist leistungsberechtigten Personen bei Vorliegen von Hilfebedürftigkeit auf Antrag Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu leisten. Gem. §Â 19 Abs. 2 SGB XII (in der seit 01.01.2020 geltenden Fassung) i.V.m. § 41 Abs. 1 SGB XII sind leistungsberechtigt Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Inland, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus Einkommen und Vermögen nach § 43 i.V.m. §Â§ 82 bis 84 und §Â§ 90 f. SGB XII bestreiten können, wenn sie die Voraussetzungen nach § 41 Abs. 2, 3 oder 3a SGB XII erfüllen. Nach § 41 Abs. 3 SGB XII sind leistungsberechtigt Personen wegen einer dauerhaften vollen Erwerbsminderung, wenn sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage voll erwerbsgemindert im Sinne des § 43 Absatz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) sind und bei denen unwahrscheinlich ist, dass die volle Erwerbsminderung behoben werden kann.

Der KlÄger zäghlt, wie das SG zutreffend ausgefä¼hrt hat, zu dem leistungsberechtigen Personenkreis, da er volljĤhrig ist, seinen gewĶhnlichen Aufenthalt in K1 hat und im Juni 2021 auf Dauer und unabhängig von der Arbeitsmarktlage voll erwerbsgemindert war. Letzteres ergibt sich aus dem Bewilligungsbescheid des RentenversicherungstrĤgers vom 09.07.2021, wonach dem KlĤger Rente wegen voller Erwerbsminderung auf Dauer bis zum Eintritt der Regelaltersgrenze und rückwirkend ab September 2018 gewährt wurde. Dass der RentenversicherungstrĤger spĤter (vgl. Mitteilung vom 11.04.2022) von einem erst im Januar 2020 eingetretenen Versicherungsfall der vollen Erwerbsminderung ausgegangen ist, hat für den hier streitigen Leistungsmonat Juni 2021 insoweit keine Relevanz, als auch damit zur Zeit des geltend gemachten Anspruchs volle Erwerbsminderung des Klägers vorlag. Soweit der RentenversicherungstrĤger mit Schreiben vom 11.04.2022 von einem Rentenbeginn erst am 01.10.2020 bei Annahme des Eintritts der Erwerbsminderung im Januar 2020 ausgegangen ist, ist dies fýr den Senat nicht ohne Weiteres nachvollziehbar. In jedem Fall hat der RentenversicherungstrĤger mit Schreiben vom 04.08.2023 (Bl. 285 Senats-Akte) auf Anfrage des Senats allein auf den Rentenbescheid vom 09.07.2021 verwiesen und diesen übersandt, nicht indes einen diesen abĤndernden oder rýcknehmenden Bescheid, weshalb der Senat angesichts dieser Sachlage vom Vorliegen einer vollen und dauerhaften Erwerbsminderung des KlĤgers im Juni 2021 ausgeht.

Der Antrag des Klägers vom 30.06.2021 wirkt gem. <u>§ 44 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2</u> Satz 2 SGB XII (in der vom 01.08.2019 bis 31.12.2022 geltenden Fassung) auf den Ersten des Kalendermonats, mithin auf den 01.06.2021 zurýck.

b) Gem. § 42 SGB XII (in der vom 01.01.2020 bis 31.12.2021 geltenden Fassung) umfassen die Bedarfe nach dem Vierten Kapitel u.a. die RegelsĤtze nach den Regelbedarfsstufen der Anlage zu § 28; § 27a Absatz 3 und Absatz 4 ist anzuwenden (Nr. 1), zusĤtzliche Bedarfe nach dem Zweiten Abschnitt des Dritten Kapitels sowie Bedarfe nach § 42 b (Nr. 2) und Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 42Â a (Nr. 4).

Das SG ist bei der Bedarfsermittlung zutreffend von einem fýr den Kläger zu

ber \tilde{A}^{1}_{4} cksichtigenden Regelbedarf in H \tilde{A} ¶he von 446 $\hat{a}\Box\neg$ ausgegangen. Denn nach der Anlage zu \hat{A} § 28 SGB XII galt f \tilde{A}^{1}_{4} r das Jahr 2021 f \tilde{A}^{1}_{4} r die Regelbedarfsstufe 1 (erwachsene Person, die in einer Wohnung lebt und nicht mit einem Ehegatten oder in ehe \tilde{A} ¤hnlicher Gemeinschaft lebt) ein Regelsatz in H \tilde{A} ¶he von monatlich 446 $\hat{a}\Box\neg$.

Das SG hat bei der Bedarfsermittlung weiter zutreffend den vom Kläger im Juni 2021 gezahlten Beitrag zur freiwilligen Kranken- und Pflegeversicherung bei der S1-BKK berýcksichtigt (§Â 42 Nr. 2 i.V.m. § 32 Abs. 1 SGB XII). Indes betrug dieser nicht nur 100 â \Box ¬, sondern vielmehr 201,24Â â \Box ¬. Dies entnimmt der Senat dem Kontoauszug der D2 Bank Nr. xx006, wonach am 15.06.2021 per Lastschrift von der S1 BKK der Beitrag fýr den Monat Mai 2021 in Höhe von 201,24 â \Box ¬ vom Konto des Klägers abgebucht wurde (S. 73 VA). Der vom SG angesetzte Betrag in Höhe von 100Â â \Box ¬ ist nicht (zusätzlich) zu berýcksichtigen, da er von der Krankenkasse ausweislich desselben Kontoauszugs am 15.06.2021 jedenfalls nicht für einen Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag, sondern als â \Box Betrag (â \Box) gemäÃ \Box der Vereinbarung vom 25.02.2021â \Box 0 per Lastschrift abgebucht wurde. Die Vereinbarung selbst hat der Kläger nicht vorgelegt, weshalb der Rechtsgrund der Zahlung nicht ýberprüft werden konnte.

Weitere Bedarfe sind indes bei der Bedarfsberechnung nicht zu berücksichtigen. Der Kläger hat weder einen Anspruch auf einen Mehrbedarf wegen des Merkzeichens G noch auf die Kosten der Unterkunft und Heizung.

Nach § 42 b Abs. 1 SGB XII (in der vom 01.01.2020 bis 30.06.2021 geltenden Fassung) i.V.m. §Â 30 Abs. 1 Nr. 2 SGB XII (in der vom 01.01.2021 bis 31.12.20222 geltenden Fassung) wird für Personen, die die maÃ□gebliche (Regel-)Altersgrenze noch nicht erreicht haben und voll erwerbsgemindert sind und durch einen Bescheid der nach § 152 Abs. 4 des Neunten Buches (SGB IX) zuständigen Behörde oder einen Ausweis nach § 152 Abs. 5 SGB IX die Feststellung des Merkzeichens G nachweisen, ein Mehrbedarf von 17 vom Hundert der maÃ□gebenden Regelbedarfsstufe anerkannt, soweit nicht im Einzelfall ein abweichender Bedarf besteht.

Ein solcher, vom Kläger geltend gemachter Mehrbedarf ist vorliegend nicht zu berücksichtigen. Das SG hat insoweit zutreffend dargelegt, dass und warum dieser Mehrbedarf nicht in die Bedarfsberechnung einzustellen ist. Der Senat nimmt insoweit vollumfänglich auf die Gründe des SG Bezug und macht sich diese zu Eigen.

Auch ein Bedarf für Kosten der Unterkunft und Heizung ist nicht in die Bedarfsberechnung des Klägers einzustellen.

Gem. <u>ŧ 42 a Abs. 1 SGB XII</u> (in der vom 01.01.2020 bis 09.06.2021 sowie vom 10.06.2021 bis 31.12.2022 geltenden Fassung) sind fÃ⅓r in einer Wohnung und auÃ□erhalb einer stationären Einrichtung allein lebende Leistungsberechtigte â□□ wie hier des Einpersonenhaushalts des Klägers â□□ angemessene Bedarfe fÃ⅓r Unterkunft und Heizung nach dem Vierten Abschnitt des Dritten Kapitels (<u>§Â§ 35</u>, 35 b SGB XII) anzuerkennen. Gem. <u>§ 35 Abs. 1 Satz 2 SGB XII</u> (in der vom 01.01.2020 bis 30.06.2021 geltenden Fassung) werden Bedarfe fÃ⅓r die Unterkunft

in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anerkannt. Absatz 2 der Vorschrift sieht grundsätzlich eine Beschränkung auf die angemessene Höhe vor. § 35 Abs. 1 Satz 1 SGB XII dient der Sicherung des Grundbedürfnisses Wohnen, was grundsätzlich nur die Ã□bernahme der hierfür konkret und aktuell anfallenden Aufwendungen erfordert. Aufgrund des Aktualitätsgrundsatzes und Bedarfsdeckungsgrundsatzes sind in zeitlicher Hinsicht grundsätzlich alle unterkunftsbezogenen Zahlungsverpflichtungen zu berücksichtigen, die sich aus dem Mietvertrag ergeben und denen die Leistungsberechtigten im jeweils maÃ□geblichen Bewilligungszeitraum ausgesetzt sind (Löcken in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB XII, 3. Aufl., § 35 SGB XII [Stand: 25.05.2021], Rn. 36 unter Verweis auf BSG, Urteil vom 08.05.2019 â□□ B 14 AS 20/18 R â□□ und Löcken, a.a.O., Rn. 43). Vor diesem Hintergrund erfolgt die zeitliche Zuordnung der Aufwendungen grundsätzlich nach ihrer Fälligkeit (Löcken a.a.O.). Grundvoraussetzung hierfür ist zugleich eine rechtlich wirksame Zahlungsverpflichtung.

Der Kläger war im Juni 2021 keiner wirksamen und fälligen Mietzinsforderung ausgesetzt, weshalb Kosten der Unterkunft bereits aus diesem Grund â□□ unabhängig von der Frage Unangemessenheit der Unterkunftskosten, auf die der Kläger bereits vom Jobcenter mit Schreiben vom 31.10.2018 hingewiesen und zur Kostensenkung aufgefordert wurde (Bl. 191 Senats-Akte) â□□ nicht bei der Bedarfsberechnung zu berücksichtigen sind.

Der vom Klå¤ger zur Geltendmachung seines Unterkunftsbedarfs im Verwaltungsverfahren der Beklagten vorgelegte Mietvertrag war ausdrã¼cklich befristet fã¼r die Zeit von Mai 2019 bis Ende Mã¤rz 2020. Fã¼r die Zeit ab April 2020 und damit auch im Juni 2021 war der Mietvertrag somit nicht mehr rechtlich wirksame Anspruchsgrundlage fã¼r eine Mietzinsforderung der im Mietvertrag als Vermieterin auftretenden gGmbH gegenã¼ber dem Klã¤ger, mithin bestand auch keine rechtlich wirksame Mietzinszahlungsverpflichtung des Klã¤gers. Die tatsächliche Mietzinszahlung durch den Klã¤ger ändert in diesem Fall hieran nichts.

̸berdies dürfte die Wirksamkeit des Mietvertrages zwischen der gGmbH und dem KlĤger auch daran scheitern, dass erstere nicht Grundeigentļmerin der vermieteten Wohnung ist. Andernfalls hÃxtte das Grundbuchamt M2 im Februar 2021 eine andere Auskunft erteilt. Soweit der Kläger behauptet hat, dass die Wohnung an ihn untervermietet sei, hat er einen wirksamen Untermietvertrag â∏∏ auch für den hier streitigen Monat Juni 2021 â∏∏ nicht nachgewiesen. Zum einen hat er nicht nachgewiesen, dass die gGmbH einen wirksamen Mietvertrag mit dem Eigentümer dieser Wohnung hat. Zum anderen geht aus der von ihm mit Schreiben vom 10.05.2022 vorgelegten Bescheinigung der K2 Immobilien-Verwaltung (Bl. 177 Senats-Akte), auf der der KlAzger den EmpfAznger der Bescheinigung, das Datum der Bescheinigung, die betreffende WEG (Wohnungseigentýmergemeinschaft), die Anrede und den Namen des Vermieters geschwärzt hat, lediglich hervor, dass â∏die Wohnung an nahestehende Personenâ∏ untervermietet werden darf, so dass schon gar nicht erkennbar ist, auf welche Eigentumswohnung und welches MietverhÄxltnis sich diese Untervermietungserlaubnis bezieht. Der KlĤger selbst hat damit dazu beigetragen, dass eine vĶllige Intransparenz der MietvertragsverhĤltnisse und der daraus

Die Heizkosten, die ausweislich des vorgelegten Mietvertrages Bestandteil desselben waren, sind aus dem gleichen Grund wie die Unterkunftskosten nicht als Bedarf zu berýcksichtigen. Soweit das SG im Zusammenhang mit den Heizkosten die Ã□berweisung eines Betrages in Höhe von 70 â□¬ durch den Kläger an die Stadtwerke K1 erwähnt hat, weist der Senat darauf hin, dass dieser Betrag keinesfalls als Heizkostenbedarf anzusetzen ist, da die Heizkosten â□□ wie dargelegt und im Tatbestand festgestellt â□□ Bestandteil des Mietvertrages waren und dieser im Juni 2021 nicht mehr wirksam war, mithin auch keine Zahlungsverpflichtung des Klägers in Bezug auf Heizkosten bestand.

Nach allem ergibt sich fÃ $\frac{1}{4}$ r den KlÃ $\frac{1}{4}$ ger ein zu berÃ $\frac{1}{4}$ cksichtigender Gesamtbedarf in HÃ $\frac{1}{4}$ he von 647,24 â $\frac{1}{4}$ (Regelbedarf zzgl. Beitrag Kranken- und Pflegeversicherung).

b) Der Kl \tilde{A} ¤ger verf \tilde{A} ½gte im Juni 2021 \tilde{A} ½ber einzusetzendes Einkommen, mit dem er diesen Bedarf decken konnte.

Gem. § 43 Abs. 1 SGB XII i.V.m. § 82 Abs. 1 Satz 1 SGB XII (in der vom 01.01.2021 bis 30.06.2021 geltenden Fassung) gehĶren zum Einkommen alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert mit Ausnahme der Leistungen nach diesem Buch, der Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz und nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes vorsehen, und der Renten oder Beihilfen nach dem BundesentschĤdigungsgesetz fļr Schaden an Leben sowie an KA¶rper oder Gesundheit bis zur HA¶he der vergleichbaren Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz. Als Einkommen gilt all das, was jemand in Form von Geld oder Geldeswert in der Bedarfszeit dazu erhĤlt. FÃ1/4r die Frage, ob Einkommen vorliegt, spielt es zunÄxchst keine Rolle, welcher Art die Einnahmen sind, woher sie stammen, ob sie einen Rechtsgrund haben, wie sie geleistet wurden (einmalig oder laufend, regelmäÃ∏ig oder unregelmäÃ∏ig und unter welcher Bezeichnung bzw. Form) und ob und inwieweit die Einnahmen nach dem Einkommensteuergesetz (EStG) steuerpflichtig wAxren (vgl. BSG, Urteil vom 03.07.2020 â∏∏ B 8 SO 27/18 R â∏∏ juris Rn. 15; Urteil vom 28.02.2013 â∏∏ B <u>8 SO 12/11</u> R â∏ juris Rn. 14; Urteil vom 09.06.2011 â∏ <u>B 8 SO 20/08 R</u> â∏∏ juris Rn. 14; LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 25.09.2019 â∏∏ <u>LÂ 7 SO</u> 4766/17 â∏∏ juris; vgl. ferner § 1 Verordnung zur Durchführung des <u>§Â 82</u> SGB XII). Einkommen ist all das, was jemand wertmäÃ∏ig dazu erhäIt, ohne Rýcksicht darauf, ob ein Rechtsanspruch auf die Einnahme besteht oder ob die Zahlung ohne Rechtspflicht erfolgt (LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 25.09.2019 â∏∏ L 7 SO 4766/17 â∏∏ m.w.N.).

Da der KlĤger im Juni 2021 keine Zahlung des RentenversicherungstrĤgers erhalten hat (diese floss erstmals im Juli 2021 zu), ist eine solche nicht auf den Bedarf anzurechnen.

Indes ist der dem D2 Konto des Kl \tilde{A} ¤gers (Nr. xxx724) im Juni 2021 zugeflossene Betrag in H \tilde{A} ¶he von 5.000 \hat{a} \Box ¬, der vom Kl \tilde{A} ¤ger als Darlehenszahlung geltend gemacht wird, als Einkommen zu ber \tilde{A} ½cksichtigen.

Zwar sind nach der Rechtsprechung des BSG lediglich vorübergehend zur Verfügung stehende Einnahmen nicht als Einkommen zu qualifizieren, namentlich zivilrechtlich wirksame Darlehen i.S.d. § 488 Abs. 1 BGB, bei denen von Anfang an eine rechtlich wirksame Rückzahlungsverpflichtung i.S.d. § 488 Abs. 1 Satz 2 BGB besteht, sowie zurückzuzahlende Zuwendungen, die wegen einer rechtswidrigen Leistungsablehnung erbracht werden und die nur vorübergehend bis zu einem Einsetzen der Hilfe gewährt werden, wobei die Aufklärung der Umstände und ihre abschlieÃ \Box ende Würdigung dem Tatsachengericht obliegen(vgl. BSG, Urteil vom 23.08.2013 â \Box BÂ 8Â SO 24/11 R â \Box juris Rn. 25 unter Anschluss an das Urteil vom 17.10.20010 â \Box B 14 AS 46/09Â RÂ â \Box juris Rn. 16Â ff.; Urteil vom 06.10.2011 â \Box B 14 AS 66/11 R â \Box juris; Urteil vom 20.09.2012 â \Box BÂ 8Â SOÂ 15/11 R â \Box juris Rn. 25).

Um der Gefahr eines Missbrauchs von Steuermitteln entgegenzuwirken, ist es indes geboten, an den Nachweis des Abschlusses und der Ernstlichkeit eines Darlehensvertrages strenge Anforderungen zu stellen. Dies setzt voraus, dass sich die DarlehensgewĤhrung auch anhand der tatsĤchlichen Durchfļhrung klar und eindeutig von einer verschleierten Schenkung oder einer verdeckten, auch freiwilligen UnterhaltsgewĤhrung abgrenzen lĤsst. Weil und soweit der fļr den Hilfebedürftigen günstige Umstand, dass ein nachgewiesener Zufluss gleichwohl als Einkommen nicht zu berļcksichtigen ist, seine SphĤre betrifft, obliegen ihm bei der AufklĤrung der erforderlichen Tatsachen Mitwirkungspflichten; die Nichterweislichkeit der Tatsachen geht zu seinen Lasten. Bei der vorzunehmenden Prýfung, ob überhaupt ein wirksamer Darlehensvertrag geschlossen worden ist, können einzelne Kriterien des sog. Fremdvergleichs herangezogen und bei der abschlie̸enden, umfassenden Würdigung aller relevanten Umstände des Einzelfalles mit eingestellt werden. Die Wahrung von im GeschĤftsverkehr üblichen ModalitÃxten (wie der Vereinbarung der in §Â 488 Abs. 1 BGB genannten weiteren Vertragspflichten) kann damit als ein Indiz dafļr gewertet werden, dass ein Darlehensvertrag tatsÄxchlich geschlossen worden ist. Demgegenüber spricht es etwa gegen die Glaubhaftigkeit einer solchen Behauptung, wenn der Inhalt der Abrede (insbesondere u.a. die RýckzahlungsmodalitÃxten) und der Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht substantiiert dargelegt werden oder ein plausibler Grund fýr den Abschluss des Darlehensvertrages nicht genannt werden kann (vgl. zum Ganzen: BSG, Urteil vom 17.06.2010 â∏∏ BÂ 14Â ASÂ 46/09Â RÂ â∏∏ juris Rn. 21 f.).

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze hat der Kläger keinen zivilrechtlich wirksamen Darlehensvertrag mit S.W. nachgewiesen, weshalb der Geldzufluss zu seinen Lasten als Einkommen zu berücksichtigen ist. Der Kläger hat trotz Aufforderung des Senats weder einen schriftlichen Darlehensvertrag vorgelegt noch sonst die Modalitäten der behaupteten Darlehensvereinbarung dargelegt, sondern sich vielmehr allein und ausschlieÃ□lich auf die erfolgte Rþckzahlung des Geldes an S.W. berufen. Aufgrund derer allein konnte der Senat indes nicht abschlieÃ□end feststellen und prüfen, ob ein nach <u>§ 488 BGB</u> zivilrechtlich wirksamer Darlehensvertrag geschlossen wurde.

Wie sich aus den vom Kläger übersandten Kontoauszügen ergibt, hat der Kläger von S.W. wiederholt als Darlehen bezeichnete Zahlungen erhalten (Juni

2021 5.000 $\hat{a} \square \neg$, August 2021 10.000 $\hat{a} \square \neg$, in Summe 15.000 $\hat{a} \square \neg$). Ausweislich der Kontoauszüge hat er eine â∏Teilrückzahlungâ∏ Ende August 2021 in Höhe von 7.000 â∏¬ und Anfang September 2021 in Höhe von 2.000 â∏¬ (in Summe 9.000 $\hat{a} \square \neg$) sowie Mitte September 2021 $\hat{a} \square \square Z$ insen $\hat{a} \square \square$ in H \tilde{A} ¶he von 650 \hat{A} $\hat{a} \square \neg$ an S.W. geleistet. Eine wirksame Rückzahlungsverpflichtung allein aufgrund dieser tatsächlichen (Teil-)Rück- und Zinszahlungen sind indes zur Ã∏berzeugung des Senats nicht nachgewiesen. Denn zum einen lässt sich den Ã∏berweisungen an S.W. nicht entnehmen, auf welche der (behaupteten) Darlehensschulden der Kläger gezahlt hat. Zum anderen lässt sich auch der Ã∏berweisung der Zinsen an S.W. nicht entnehmen, auf welcher Vertragsgrundlage diese geleistet worden sind. Wie das SG bereits ausgeführt hat, sind überdies Zinsen in dieser Höhe lebensfremd. Soweit der KlĤger diesbezüglich in der mündlichen Verhandlung vorgetragen hat, dass er die Zinsen für ihm in der Vergangenheit mehrfach gewährte Darlehen gezahlt habe â∏ und so die Höhe zu erklären versucht hat -, Axndert auch dies nichts daran, dass sich der Senat nicht vom Vorliegen eines wirksamen Darlehensvertrages überzeugen konnte. Denn der KIäger hat trotz gerichtlicher Anforderung nicht hinreichend substantiiert und nachvollziehbar dargelegt, auf welches der behaupteten Darlehen er die Rýckzahlungen vornahm.

Dass S.W. dem Kläger Anfang Juni 2021 die 5.000 â□¬ nur vorübergehend bis zu einem Einsetzen der Sozialhilfe erbracht hätte, weil die Beklagte rechtswidrig Leistungen abgelehnt habe, ist angesichts der Tatsache, dass der Kläger den Leistungsantrag erst Ende des Monats (am 30.06.) gestellt hat, völlig abwegig.

Angesichts all dessen kommt es im vorliegenden Rechtsstreit nicht entscheidungserheblich darauf an, in welchem VerhĤltnis der KlĤger zu S.W. steht. Nur am Rande merkt der Senat an, dass zahlreiche Anhaltspunkte dafĽr sprechen dürften, dass der KlĤger und S.W. rein tatsĤchlich eine Einstandsgemeinschaft bilden und bewusst ĤuÄ□erlich den Schein rein geschĤftlicher Beziehungen setzen (z.B. Schreiben der U1 Bank [SG Karlsruhe S 12 AS 1213/21 ER], wonach der KlĤger und S.W. Konten bei dieser Bank haben und der KlĤger seit September 2016 VerfÄ⅓gungsmacht Ä⅓ber das Konto der S.W. hat. Unentgeltliche Ã□bertragung der Anteile an der gGmbH an S.W., monatliche Gutschriften auf dem D2-Konto des KlĤgers von S.W. in Höhe von 63,88 â□¬ â□□Kfz-Versicherung Seat Leonâ□□, S. 74, 81, 87 VA, 01.07.2016 Ã□berweisung an S.W. 19.000 â□¬ Verwendungszweck â□□RZ UnterstÃ⅓tzungâ□□, Bl. 97 Senats-Akte). Soweit der KlĤger dies im Verfahren mehrfach bestritten hat, wĤre es ihm ein Leichtes gewesen, die Art des Verhältnisses zu S.W. vollumfänglich darzulegen, was er indes bis zuletzt nicht getan hat.

Absetzungen von diesem Einkommen sind nicht vorzunehmen (\hat{A} § 82 Abs. 2 bis 4 SGB XII). Da der KI \hat{A} $^{\times}$ ger lediglich \hat{a} $^{\times}$ l teilweise geschw \hat{A} $^{\times}$ rzte und auch unvollst \hat{A} $^{\times}$ ndige \hat{a} $^{\times}$ l Kontoausz \hat{A} 1 4 ge vorgelegt und trotz mehrfachen Aufforderungen der Beklagten zu keinem Zeitpunkt den Formularantrag ausgef \hat{A} 1 4 Ilt hat, in dem u.a. auch m \hat{A} 1 gliche Einkommensabsetzbetr \hat{A} $^{\times}$ ge erfragt werden, sind vom Einkommen abzusetzende Positionen nicht nachgewiesen. Anhand der Kontoausz \hat{A} 1 4 ge allein ist nicht gerichtlich \hat{A} 1 4 berpr \hat{A} 1 4 fbar, ob Abbuchungen die Voraussetzungen f \hat{A} 1 4 r Absetzbetr \hat{A} $^{\times}$ ge erf \hat{A} 1 4 llen.

Der Kläger hatte im Juni 2021 das Einkommen i.H.v. 5.000 â \Box ¬ zur Verfügung. Vorliegend nicht entscheidungserheblich ist, ob dieses nach <u>§ 83 Abs. 7 Satz 2 SGB XII</u> gleichmäÃ \Box ig auf einen Zeitraum von sechs Monaten zu verteilen war, da dem Kläger jedenfalls auch 1/6 von 5.000 â \Box ¬ (833,33 â \Box ¬) zur Deckung seines Gesamtbedarfs in Höhe von 647,21 â \Box ¬ ausreichten.

Im \tilde{A} brigen zahlte der \tilde{K} ger an die gGmbH am 14.06.2021 eine (angebliche) \tilde{A} berzahlung von \tilde{a} Urchub \tilde{a} (gemeint: Urlaub?) und Weihnachtsgeld in \tilde{A} he von 778,40 \tilde{a} \tilde{a} \tilde{a} zur \tilde{A} ck \tilde{a} (so der Verwendungszweck auf dem D2-Kontoauszug, S. 72 VA); Geld, das er vorrangig zur Bestreitung seines Lebensunterhalts und nicht zur Tilgung (vermeintlicher?) Schulden einzusetzen gehabt \tilde{A} xtte.

Nur am Rande merkt der Senat zuletzt noch an, dass selbst bei Nichtberücksichtigung der 5.000 â∏¬ bzw. 1/6 davon als Einkommen (weil wie vom Kläger behauptet ein Darlehen von S.W.) aufgrund der ab Juli 2021 ausgezahlten und den Bedarf deckenden Zahlungen des Rentenversicherungsträgers ohnehin im Juni 2021 nur eine vorübergehende Notlage beim Kläger bestanden hätte und daher allenfalls eine darlehensweise Leistung nach § 38 SGB XII in Betracht hätte kommen können, die jedoch nicht beantragt wurde.

Auf zur Verfügung stehendes weiteres Einkommen oder verwertbares Vermögen â∏ und die ebenfalls aufgrund fehlender Angaben sowie nicht nachgewiesener Behauptungen des Klägers zu seinen Einkommens- und Vermögensverhältnissen bestehende Intransparenz (den Kontoauszügen der D2-Bank sind monatliche Ã∏berweisungen in Höhe von 50 â∏¬ u.a. auf das Konto des Klägers mit der IBAN xxx040 [I1], Verwendungszweck â∏∏Reserveâ∏] zu entnehmen) â∏∏ kommt es daher nicht an.

c) Nach alledem hatte der Kläger im Juni 2021 keinen Anspruch auf (zuschussweise) Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, weshalb die Berufung zurýckzuweisen war.

4.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>.

5. Grýnde, im Sinne des <u>§ 160 Abs. 2 Nr. 1 oder</u> 2 SGG die Revision zuzulassen, liegen nicht vor. Â

Erstellt am: 19.04.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024

